

## Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

<b>Datum</b>	24. April 2025
<b>Zeit</b>	19:36 Uhr bis 22:00 Uhr
<b>Ort</b>	Aula Bleicherain, Schulhaus Angelrain
<b>Vorsitz</b>	Beat Hiller, Einwohnerratspräsident
<b>Anwesende</b>	34 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
<b>Entschuldigte</b>	Sigrid Schärer Eric Scherrer Claudia Casanova Ruedi Baumann Marcel Strebel Ruby Ott-Häusermann
<b>Protokollführung</b>	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin

---

## Traktanden

---

1. Mitteilungen
2. (25/140) Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
3. (25/139) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG, Sanierung Haltekanten Augustin Keller-Strasse; Verpflichtungskredit
4. (25/138) Bahnhof Lenzburg; Qualitätssicherndes Verfahren (Wettbewerb); Teilgebiet B und D; Verpflichtungskredit
5. (25/141) Brunnmattstrasse West; Sanierung und Anpassung; Abschnitt Amerswilerstrasse bis Unterer Haldenweg; Verpflichtungskredit
6. (25/137) Gesamtrevision Bau- und Nutzungsordnung; Beschluss Hochwasserschutzplan durch Einwohnerrat (§ 25 BauG)
7. (25/146) Mündliche Anfrage; vom 31. Oktober 2024; Janine Pfister; «Suchtmittelfreie Zone auf Lenzburger Schulhausarealen»; Beantwortung des Stadtrats
8. Umfrage

## Verhandlungen:

### 1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich begrüsse euch alle zur heutigen Sitzung. Wir haben noch ein kleines Osterhäschen auf dem Tisch. Vielleicht zeigt sich der Spender im Verlauf der Sitzung.

Heute findet die Sitzung ausnahmsweise nicht am üblichen Standort statt. Vielleicht hat auch das dazu geführt, dass noch Personen fehlen. Ich habe folgende Entschuldigungen: Sigrid Schärer, Eric Scherrer, Claudia Casanova, Ruedi Baumann, Marcel Strebel und Ruby Ott. Vielleicht treffen die nicht abgemeldeten Personen noch ein. Ebenfalls begrüsse ich die Presse und die Gäste, welche hier sind. Kommen wir zu den Mitteilungen. Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 6. März 2025 ist online gestellt und auf der Webseite einsehbar. Die Beschlüsse der Sitzung vom 6. März 2025, welche dem fakultativen Referendum Unterlagen, sind am 14. April 2025 in Rechtskraft erwachsen.

Nun käme ich eigentlich zur Inpflichtnahme von Marcel Schäli. Aber er ist vermutlich aufgrund der Standortverwirrung noch nicht anwesend. Warten wir ab und machen das vielleicht später. Wir haben einen Neueingang der SVP; Schriftliche Anfrage zur Schulraumplanung, zusätzlicher Schulstandort. Anwesende Auskunftspersonen sind alle Stadträte.

### 2 (25/140) Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir stimmen zuerst über eine offene oder geheime Abstimmung ab.

#### **Abstimmung:**

**Mit 26 Ja-Stimmen zu drei Nein-Stimmen bei einer Enthaltung werden wir eine offene Abstimmung durchführen.**

Jetzt übergebe ich das Wort an Marvin Meier, welcher das Votum der Einbürgerungskommission hält.

Marvin Meier (SVP): Sehr geehrter Präsident, liebe Mitglieder der beiden Räte, sehr geehrte Anwesende. Als Mitglied der Einbürgerungskommission von Lenzburg habe ich an der Prüfung der jüngsten Einbürgerungsgesuche teilgenommen. Nach sorgfältiger Beratung freue ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass wir zwei Familien, eine junge Dame und einen Herrn für die Einbürgerung empfehlen können. Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben uns mit ihrer Integrationsbereitschaft, ihrem Engagement für unsere Gesellschaft, und ihrer Verbundenheit mit Lenzburg überzeugt. Sie sind bereit, die Rechte und Pflichten einer Schweizer Staatsbürgerschaft mit Verantwortung zu tragen. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen in unsere Arbeit und bitte Sie um Zustimmung zu diesen Einbürgerungen, damit wir sie offiziell in unserer Gemeinschaft aufnehmen können. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es sind keine Einbürgerungskandidaten anwesend. Die Abstimmung erfolgt offen und allen Gesuchstellenden wird das Gemeindebürgerrecht mit grosser Mehrheit erteilt. Aus Datenschutzgründen verzichten wir im Protokoll auf die Nennung von Namen. Ich gratuliere allen Eingebürgerten herzlich zu diesem wichtigen Schritt.

Dann kommen wir zum ersten Geschäft, Traktandum 3, Modernisierung der Bushaltestelle. Sanierung Haltekante Augustin Kellerstrasse, Sprecher Adrian Höhn von der GPFK.

### **3 (25/139) Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG, Sanierung Haltekanten Augustin Keller-Strasse; Verpflichtungskredit**

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, werte Gäste, werte Presse, die Stadt plant im Sommer 2025, die beiden Bushaltestellen an der Augustin Keller-Strasse für CHF 180'000 behindertengerecht umzugestalten. Diese Vorlage gab in der GPFK wenig zu bere- den. Es herrschte Einigkeit, dass die Bushaltekanten umgestaltet werden müssen. Es wurde auch begrüsst, dass dafür kein Landerwerb notwendig ist. Natürlich kam auch die Frage nach den im Pro- jekt nicht enthaltenen Betonplatten auf. Insbesondere da diese in der letzten Bushaltestellenvorlage zu einer Rückweisung geführt haben. Grundsätzlich ist die Platte an dieser Bushaltestelle geplant. Da aber der Fernwärmeausbau der SWL in Richtung Staufen noch ansteht wurde sie zurückgestellt. Wann die SWL die Fernwärme ausbaut, ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Die GPFK spricht sich eindeutig für diese Vorlage aus, ebenso die GLP. Vielen Dank.

Noemi Landini (SP): Geschätzte Anwesende, die Förderung der Barrierefreiheit ist ein notwendiger und zeitgemässer Schritt. Die geplante Modernisierung der Bushaltestelle trägt wesentlich dazu bei, dass alle Menschen den öffentlichen Nahverkehr selbstständig und ohne Hindernisse nutzen kön- nen. Besonders positiv bewerten wir die zügige Umsetzung des Projekts, sowie die Rücksichtnahme auf die Ferienzeit der Bäckerei Büchli. Lange Bauzeiten belasten oft die Anwohnenden und die Pen- delnden. Eine rasche Realisierung reduziert die Einschränkungen auch für das lokale Gewerbe und stellt sicher, dass die Verbesserung bald allen zugutekommt. Auch die geplante Verbreiterung des Trottoirs begrüssen wir. Sie stellt einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und zum Komfort aller Fahr- gäste dar. Ein breiteres Gehweg schafft mehr Raum. Gerade für Familien mit Kinderwägen, älteren Menschen oder Personen mit eingeschränkter Mobilität. Die Fraktionen der SP und der Grünen stimmen dem Antrag einstimmig zu. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Bevor wir zu dieser Abstimmung kommen, würde ich gerne Marcel Schäli in die Pflicht nehmen. So kann auch er an der Abstimmung teilnehmen. Ich bitte alle aufzustehen.

Vizestadtschreiberin Beatrice Räber: Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Ge- meinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Marcel Schäli (SVP): Ich gelobe es.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich begrüsse Marcel ganz herzlich im Kreis des Einwohnerrats und wünsche ihm viel Erfolg und spannende Sitzungen. Wir kommen nun zur Abstimmung des Trak- tandums Modernisierung Bushaltestellen und Umsetzung BehiG, Sanierung Haltekanten Augustin Keller-Strasse. Wer dem Verpflichtungskredit zustimmen will soll das bitte mit Aufstehen bezeugen.

#### **Abstimmung:**

**Der Verpflichtungskredit wird einstimmig angenommen.**

#### **4 (25/138) Bahnhof Lenzburg: Qualitätssicherndes Verfahren (Wettbewerb); Teilgebiet B und D: Verpflichtungskredit**

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, wertvolle Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste, heute schlagen wir im Generationenprojekt Bahnhof ein weiteres Kapitel auf und beraten hier die 5. Vorlage in ebenso vielen Jahren. Den Auftakt haben wir im Dezember 2019 mit der Vorlage für den Planungskredit von CHF 550'000 für die Testplanung und die Erarbeitung des Entwicklungsrichtplans gemacht. Die Kreditabrechnung dazu will uns der Stadtrat noch in diesem Jahr vorlegen. Im Mai 2022 haben wir einen Verpflichtungskredit über CHF 2 Millionen für eine zweite Bahnstufenunterführung genehmigt. Dieses Projekt ruht im Moment noch. Weitere CHF 882'000 haben wir im Oktober 2022 für die Verlegung der Kanalisation auf dem Bahnhofplatz genehmigt. Gemäss dieser Vorlage hätten die Bauarbeiten per Ende Jahr abgeschlossen werden sollen, die verzögern sich bis etwa 2026. Im Dezember 2023 schliesslich haben wir einen Verpflichtungskredit von CHF 175'000 gesprochen für einen partizipativen Prozess für die Gestaltung der grünen Pause, für die Erarbeitung des Gestaltungsplans und für das Ausarbeiten des städtebaulichen Vertrags. Mit dem jetzt beantragten Verpflichtungskredit über CHF 710'000 soll der Projektwettbewerb für die Gestaltung der Teilgebiete B wie Bahnhofplatz und D wie die grüne Pause durchgeführt werden. Im Antrag ist ausserdem das Gebiet Bahnhof Nord erwähnt, das sollte dort eigentlich noch nicht stehen, denn die Nordseite gehört offiziell noch zum Hoheitsgebiet der SBB. In der letzten Verhandlung, welche die Stadt mit der SBB geführt hat, hat sie aber mündlich die Zusage erhalten, dass die beiden Ausgänge aufgenommen werden können. Dieser Perimeter umfasst ausserdem die Strasse entlang des Gleisfelds und den Platz vor der Liegenschaft Gleis 1. Momentan ist der Entscheid der SBB aber noch nicht rechtskräftig. Deshalb sollte es eigentlich noch nicht in der Vorlage stehen. Dieser Vorlage haben wir entnehmen können, dass der laufende partizipative Prozess inzwischen auf das gesamte Bahnhofsareal ausgeweitet worden ist. Das macht Sinn. Der GPFK ist es aber weiterhin ein Anliegen, dass bei der Gestaltung der Aussenräume insbesondere auch dem Aspekt der Sicherheit Rechnung getragen wird. Wir wollen nicht mit denselben Problemen kämpfen wie Aarau und Brugg. Bei den Zielen des Projektwettbewerbs vermischen wir den Aspekt Sicherheit und hoffen, dass dies neben den landschaftsarchitektonischen, den funktionellen und ökologischen Kriterien eine gleichwertige Berücksichtigung findet. Obwohl der Anteil der Stadt nur ein Viertel dieser CHF 710'000 ausmacht, umfasst der Verpflichtungskredit die vollen Kosten. Das hat damit zu tun, dass die Stadt die Federführung in diesem Wettbewerb hat. Die Kosten werden zur Hälfte der SBB-Immobilien und zu einem weiteren Viertel vom Kanton mitgetragen. Der Stadtrat schlägt aufgrund der Komplexität dieses Projekts ein offenes Wettbewerbsverfahren vor. Starten kann das Verfahren aber erst, wenn rechtliche Planungssicherheit besteht, dazu müssen erst auch noch die entsprechenden Gestaltungspläne fertiggestellt werden und die will der Stadtrat im Winter 2025-2026 öffentlich auflegen. Stand heute sollte der Projektwettbewerb im ersten Quartal 2027 starten. Bis zum Abschluss des Projektwettbewerbs befinden wir uns noch in einem Blindflug, was die Folgekosten anbelangt. Der GPFK ist es aber ein Anliegen, dass die Kosten für die Gestaltung und Unterhalt der grünen Pause nicht in vollem Umfang von unseren Steuergeldern finanziert werden müssen. Daran sollten sich nach unserem Dafürhalten auch die Anleger beteiligen. Der Stadtrat soll versichern, dass dies der Fall sein wird und dies über die Mehrwertabgaben gewährleistet sei. Im Rahmen des Bruttokredits ist unter den Nebenkosten auch ein Posten von CHF 40'000 für Kommunikation, Partizipation und Website vorgesehen. Die GPFK erwartet, dass das nicht nur für die Jurierung und Vernissage des Projektwettbewerbs genutzt wird, wie es dort aufgeführt ist, und dass das Generationenprojekt kommunikativ nicht weiter so stiefmütterlich behandelt wird, wie das bis jetzt der

Fall ist. Denn wer wissen möchte, was beim Grossprojekt läuft, ist besser beraten, die Zeitung zu lesen, als dass er die Website „Anschluss Lenzburg“ konsultiert. Dort gilt nämlich offenbar das Motto kein Anschluss unter dieser Nummer. In der Rubrik aktuell datiert die letzte Mitteilung vom April, aber nicht etwa von diesem Jahr, sondern vom letzten Jahr. Wer die Zeitung nicht liest, könnte meinen, dass das Projekt seither stillgestanden ist. Was aber nicht der Fall ist. Auch die Projektorganisation, welche die GPFK anlässlich der letzten Vorlage im Dezember 2023 angeregt hat, fehlt bis zum heutigen Tag auf dieser Website. Hoffnung besteht auch noch, wenn wir anschauen, dass die Stadt im Moment gerade aktuell einen Projektleiter / Projektleiterin Stadtplanung und Projektentwicklung sucht. Zu diesem Aufgabenportfolio gehört nämlich auch das Aktualisieren der Informationsmittel. Es besteht also Hoffnung. Mit diesen Ausführungen empfiehlt die GPFK dem Einwohnerrat einstimmig, den Verpflichtungskredit über CHF 710'000 für die Durchführung des Projektwettbewerbs für die Teilgebiete Bahnhofplatz und Grüne Pause zu genehmigen, und wir schliessen dort jetzt auch schon das Gebiet Bahnhof Nord mit ein. Die SVP-Fraktion wird dieser Vorlage ebenfalls zustimmen. Danke.

Janine Pfister Meier (SP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Mitglieder der beiden Räte, geschätzte Presse und liebe Gäste. Gut, dass es vorangeht beim Bahnhof. Die SP und die Grünen nehmen den Verpflichtungskredit einstimmig an. Wir befürworten die Durchführung des Projektwettbewerbs für das komplexe und für die Stadt sehr wichtige Bauvorhaben. Wichtig ist, dass das Gebiet Bahnhof Nord in die Planung einbezogen wird. Wir haben es vorhin gehört von Corin, dass das jetzt auch einbezogen wird, und darüber sind wir sehr froh. Wir schätzen sehr, dass die Stadt genau hinschaut und die aktuelle Vorlage, die eigentlich die Weiterführung unserer Zusage zur Partizipation und zum Gestaltungsplan vom Dezember 2023 ist, jetzt weitergeht. Der ganze Planungsaufwand mit dem partizipativen Prozess über das ganze Bahnhofsareal und dem vorliegenden qualitätssichernden Verfahren wird sich lohnen für ein großartiges Bahnhofsprojekt. Wir stimmen einstimmig zu.

Cécile Kohler (Die Mitte): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Mitglieder von beiden Räten, geschätzte Gäste, liebe Presse, wir von der Fraktion Mitte EVP haben intensiv über das Geschäft diskutiert und sind uns einig, dass das qualitätssichernde Verfahren wie beschrieben richtig und auch wichtig ist. Es ist uns ein sehr grosses Anliegen, dass man für den Bahnhof Lenzburg und die zugehörigen Teilgebiete das Bestmögliche herausholen soll. Nur so erhalten wir ein schönes zweckdienliches, effizientes, sicheres und ökologisches Bahnhofsareal mit Bahnhof, Bahnhofplatz, Bushaltestelle, Velostationen, grünen Pausen. Und dafür braucht es ein solides Vorgehen. Es ist ein sehr komplexes Projekt und wir sind sehr gespannt auf den Projektwettbewerb im selektiven Verfahren. Die Entschädigungen entsprechen der SIA-Wegleitung und wir sind sehr erfreut, dass für die Stadt Lenzburg nur ein Viertel der Kosten resultiert. Wir fordern den Stadtrat aber auch dazu auf, die Beteiligung von SBB und Kanton bestmöglich abzusichern. Weiter ist es auch unser Anliegen, dass das Preisgericht sowohl alters- als auch geschlechterspezifisch ausgeglichen zusammengesetzt wird. Das heisst, es sollen sowohl ältere als auch jüngere männliche und weibliche Fachpersonen vertreten sein. Die verschiedenen Blickwinkel sind auch schon bei diesem Projekt sehr wichtig. Wir fordern den Stadtrat darum auch auf, hier lenkenden Einfluss zu nehmen. Wir danken dann auch der Verwaltung für die gut begründete Vorlage und werden dem Antrag einstimmig zustimmen.

Francis Kuhlen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Vorlage lässt uns die Wahl zuzustimmen oder zuzustimmen. Es ist eine Vorlage, welche in eine Reihe von Planungsschritten

passt, wozu der Einwohnerrat in früheren Phasen bereits die Zustimmung gegeben hat. Bei früherer Gelegenheit hatte ich im Rahmen der Begleitkommission Bahnhof bereits die Frage gestellt oder – besser gesagt – den Wunsch nach einer Gesamtübersicht mit den entsprechenden Kosten für das gesamte Planwerk Bahnhof Lenzburg geäußert. Das scheint nicht möglich zu sein oder dann mit nicht brauchbarer Genauigkeit. Mit Sicherheit kann man sagen, dass die Kosten auf jeden Fall beträchtlich werden. Vor allem entspricht der Ablauf gesetzlichen Vorschriften. Mit einem Nein oder mit einem Änderungsantrag könnten wir beispielsweise beantragen, den Planungs- und Kostenrahmen zu senken. Das würde dann aber auf Kosten der Qualität für das qualitätssichernde Verfahren gehen. Das macht wenig Sinn. Im qualitätssichernden Verfahren geht es um einen Architekturwettbewerb. Wir bauen den Bahnhof Lenzburg für uns und vor allem für die nächsten Generationen. Die Gestaltung soll darum attraktiv, langlebig, nachhaltig, zeitlos und vieles mehr sein. Das Werkzeug dazu ist ein Architekturwettbewerb. Ich habe persönliche Erfahrungen mit solchen Wettbewerben. Ohne Wettbewerb hätten wir ein Projekt mit einer sehr kreativen Idee für eine Hütte nie entdeckt. Es lohnt sich also. In unserer Fraktion war das Verfahren an sich unbestritten. Die Diskussion führte aber zu zwei wichtigen Vorbehalten. Der erste Punkt betrifft die Finanzierung des qualitätssichernden Verfahrens und von der Gestaltungsplanung durch die involvierten Partner. Teilgebiet B: das Land gehört der SBB-Infrastruktur und SBB-Immobilien. Teilgebiet C: das Land gehört der Post und Privaten. Teilgebiet D: dieses Land gehört der Stadt. Teilgebiet B erfüllt einen öffentlich-rechtlichen Auftrag und bringt Ertrag. Teilgebiet C wird wirtschaftlich genutzt und ist ertragsorientiert. Teilgebiet D «die Grüne Pause» verlangt eine Investition, ergibt keinen Ertrag und verlangt Kosten für den Unterhalt. Aus den Ausführungen in der Vorlage sind die SBB Infrastruktur und Immobilien im Boot, um auch das Teilgebiet D «Die grüne Pause» mitzufinanzieren. Uns scheint es wichtig sicherzustellen, dass auch Teilgebiet C sich finanziell im qualitätssichernden Verfahren und in der Gestaltungsplanung an die Investition und den Folgekosten der Grüne Pause beteiligen. Das Teilgebiet D ist aus unserer Sicht die gemeinsame Anlage von A, B und C. Somit muss sichergestellt werden, dass Teilgebiet C seinen fairen Anteil dazu, d.h. kostendeckend finanziert. Im Prüfgespräch mit der Regionalpolizei, welches Ivanka und ich vor etwa zwei Wochen geführt haben, stellten wir die Frage nach den grössten Risiken aus Sicht der Regionalpolizei. Ohne Zögern wurde die Grüne Pause erwähnt. Nicht nur die Regionalpolizei äussert diese Bedenken. Im Übrigen wurde auch von der Regionalpolizei sehr positiv auf die gute Zusammenarbeit mit dem Leiter der Abteilung Hochbau und Stadtplanung verwiesen. Es ist deshalb unsere Empfehlung in der Bedarfsanalyse und dem Anforderungskatalog für den Architekturwettbewerb diesen Punkt mit Nachdruck hervorzuheben. Darüber hinaus sollen die entsprechenden Massnahmen zur Risikominimierung als ein wichtiges Beurteilungsmerkmal im Kriterienkatalog für die Evaluation des Wettbewerbs aufgenommen werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage einstimmig.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren aus dem Einwohnerrat, vielen Dank für die zustimmenden Worte zu dieser Vorlage. Es ist richtig, das ist eine Vorlage in einer ganzen Reihe von Bahnhofsvorlagen, die wir jetzt schon gehabt haben. Ich kann euch garantieren, es wird auch nicht die Letzte sein. Zum Zweiten ist erwähnt worden, die Kanalisation hätte fertig sein sollen, das ist absolut richtig. Wir haben dort eine Verzögerung aufgrund der Einsprache, welche beim Ausschreibungsverfahren der SBB eingegangen ist. Es gab Verzögerungen beim Baustart, weil man damit gerechnet hat, dass der Bohrkopf, mit welchem man die Kanalisation vorangetrieben hat, parallel zum Seetaler verläuft und man diesen beim Bahnübergang hinaufnehmen könnte, weil der Seetaler dann stillgelegt ist. Der fährt aber noch solange wir nicht bauen und jetzt müssen wir schauen was mit dem Bohrkopf passiert und wie dieser vernünftig wieder rauskommt. Dies braucht eine

gewisse Zeit für die Überlegungen auch mit der Baufirma. Dann wurde die Gestaltung von Aussenräumen und Sicherheit angesprochen. Wir können sagen, wir sind in intensivem Austausch mit der Regionalpolizei, dass der Aspekt Sicherheit nicht vernachlässigt wird, und die nötige Gewichtung erhält neben allen anderen Kriterien, welche gefordert werden. Man muss eine gute Balance finden zwischen schön, ökologisch wertvoll, attraktiv, nachhaltig, langlebig und allen weiteren geforderten Aspekten. Dann zur «grünen Pause», das Gebiet gehört der Stadt und es gehört auch noch zum Teil der SBB-Immobilien. Man hat da ein Miteinander. Das ist auch die Absicht des Stadtrats, dass das Teilgebiet C, eben jene welche von der Lage profitieren sich an der grünen Pause beteiligen. Wir werden noch im Verlauf des Sommers mit diesen Grundeigentümern in Verhandlung treten. Zuletzt noch zum Preisgericht. Es ist auch uns ein Anliegen, dass das Preisgericht sowohl alters- als auch geschlechterspezifisch ausgeglichen zusammengesetzt wird. Aber auch ausgeglichen von den Professionen her wie Architektur, Landschaftsplanung, Städteplanung, auch Sozialräumliche Professionen möchten wir da drin haben. Eine grosse Herausforderung bei dieser Zusammenstellung ist, dass die Leute vielfach an verschiedenen Wettbewerben engagiert sind und man auch mit Absagen rechnen muss und nicht unbedingt das Wunschpreisgericht zusammenstellen kann. Wir sind aber bemüht, dass wir da ein ausgewogenes Preisgericht finden können.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann stimmen wir über das Geschäft ab. Wer dem zustimmen will soll das durch Aufstehen bestätigen.

#### **Abstimmung:**

**Das Geschäft Qualitätssicherndes Verfahren Bahnhof wird einstimmig angenommen.**

#### **5 (25/141) Brunnmattstrasse West: Sanierung und Anpassung: Abschnitt Ammerswilerstrasse bis Unterer Haldenweg: Verpflichtungskredit**

Francis Kühlen (FDP): Meine Damen und Herren, wie bei den meisten Strassenbauprojekten der letzten Zeit zentrierte sich die Diskussion in der GPFK auf die Kosten, die allgemein als hoch angesehen wurden. Die Notwendigkeit des Trottoirs und dessen Führung wurde in Frage gestellt. Eine Minderheit fand die Lösung generell zu luxuriös. Auf Anfrage wurde uns die Aufteilung der Kosten für Strassenarbeiten im Betrag von CHF 625'000 angegeben. Der eigentliche Strassenanteil ist ungefähr die Hälfte nämlich CHF 319'000, CHF 76'000 für Pflasterungen und CHF 230'000 für Mauern. Generell besteht bei der GPFK der Wunsch, es ist sogar mehr als ein Wunsch eine Forderung, dass zukünftig in den Vorlagen die Baukosten detaillierter nach Arten der Arbeiten dargestellt werden. Die Pflasterung mit CHF 76'000 wurde dann das grosse Diskussionsthema. Es besteht laut Plan aus drei Teilen an folgenden Orten:

- Einmündung Unterer Haldenweg: ausgefugt
- Beim Baum: eingesandet
- Einmündung Ammerswilerstrasse: ebenfalls ausgefugt

Die Pflasterung beim Baum ist unbestritten. Als Argument für die Pflasterung wurde aufgeführt, dass damit Biker und Velofahrer abbremsen würden, was an den beiden Orten aus Sicherheitsgründen wichtig sei. Aufgewachsen bin ich in einem Land, wo in meiner Jugend viele Überlandstrassen aussahen, wie der grösste Teil der Strecke von Paris-Roubaix. Wir hatten Spass daran und an diese

Strassenqualität gewöhnt man sich einfach. Darüber hinaus verfügen heutige Bikes meist über Federgabeln. Sie dämpfen die Wirkung der Pflasterung im physischen und im übertragenen Sinn auch für die Sicherheit. Mehrheitlich war man in der GPFK der Meinung, dass man sparsam sein soll. Folglich stellte sich die Frage, wieviel man einsparen kann, wenn man auf die Pflasterung bei den Einmündungen verzichtet. Die FPD stellte in Aussicht, dass, wenn es nach Abklärungen mit Christian Brenner zu Einsparungen von mehr als CHF 50'000 führen könnte, die Fraktion einen Änderungsantrag auf Verzicht der Pflasterung stellen würde. Verschiedene Stimmen äusserten sich, dass sie das begrüssen würden. In der Folge wurden nach der Sitzung der GPFK von verschiedenen Fraktionen Abklärungen getroffen, deren Resultat ich hier nicht vorwegnehme, weil sie in der GPFK nicht behandelt wurden. Im vollen Bewusstsein, dass möglicherweise noch ein Änderungsantrag kommen kann, hat dann die GPFK mit sieben zu zwei Stimmen der Vorlage für die Brunnmattstrasse zugestimmt, weil man die Sanierung für notwendig und dringlich hält.

Philippe Minnig (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren aus beiden Räten, liebe Anwesende, ich habe im Vorfeld der Sitzung bereits zuhause des Präsidiums einen schriftlichen Änderungsantrag eingereicht. Gemeint ist im Antrag, dass man auf die Pflasterung an Anfang oder Ende, je nach Philosophie, verzichten würde. Diejenige beim Baum ist nicht gemeint im Antrag. Diese soll bestehen bleiben. Die Begründung des Antrags fällt bei mir weniger sachlich aus. Bei dir lieber Francis, als Flame, sind die Begriffe Paris-Roubaix und Flandern Rundfahrt ein fester Begriff - bei mir ebenfalls. Wenn bei diesen Rennen nur ein bisschen Regen aufkommt, wird es gefährlich. Mir selbst ist das auch schon passiert, auf dem Rennvelo bei Regen über Pflastersteine ist so eine Sache. Es kann gut zu einer mehr oder weniger freiwilligen Tanzeinlage inkl. Velo führen. Wir haben uns gefragt, weshalb man die Grenze für die Ersparnisse bei CHF 50'000 setzt und auch hier die Analogie zum Radrennsport. Wenn man jedes Mal auch nur 1 % spart, hat man es gespart. Die Antwort von Christian Brenner bezüglich Einsparungen bei Pflastersteinen war CHF 49'000 inkl. Mehrwertsteuer. Wenn man im Gegenzug an dieser Stelle ein bisschen Strasse anhängt und üppig Farbe aufträgt, dann kostet das CHF 11'000 mehr. Deshalb lautet mein Änderungsantrag darauf, dass wir den Verpflichtungskredit auf CHF 957'000 reduzieren unter Verzicht auf die Pflasterung am Knoten Brunnmattstrasse unterer Haldenweg und zum Abschluss zu der Ammerswilerstrasse. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich lese den Antrag nochmal vor, damit man ihn im Ohr hat. Der Einwohnerrat möge der Sanierung Brunnmattstrasse West (Abschnitt Ammerswilerstrasse bis Unterer Haldenweg) ohne Pflasterung am Knoten Brunnmattstrasse/Unterer Haldenweg und als Abschluss zur Ammerswilerstrasse und mit einer flächigen, farbigen Markierung an gleicher Stelle zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von CHF 957'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen.

Wir debattieren nun über diesen Änderungsantrag.

Michael Häusermann (SVP): Her Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren im Saal, Kolleginnen und Kollegen, die SVP-Fraktion begrüsst den Änderungsantrag der Freisinnigen. Wenn er nicht von dieser Seite gekommen wäre, hätten wir etwas bereitgehalten. Wir sind für die Sanierung dieses Strassenstücks an der Brunnmattstrasse. Es ist nichts Neues, dass dieses Projekt kommt wir waren dann eher erstaunt, wie lange es schlussendlich ging, bis es vor den Rat kommt. Es ist klar, dass diese Sanierung nicht ganz so einfach ist. Wenn man in einer Hanglage, was es da ja ist, etwas verbreitern will muss man wie es hier der Fall ist beispielsweise mit Mauern arbeiten. Die

Sanierung an und für sich ist sinnvoll, sie ist akzeptabel, dass die Fahrbahn verschmälert wird, ist machbar und ich denke der da aufkommende Verkehr kommt trotzdem noch gut durch. Wir finden es gut, dass die Fussgänger eine Verbesserung erhalten, es ist sicher gewöhnungsbedürftig, dass ein Trottoir zweigeteilt ist. Einmal auf der einen und einmal auf der anderen Seite. Ebenfalls gut finden wir, dass dem Baum die nötige Beachtung geschenkt wird und man da an der Pflasterung festhält. Diese ermöglicht einfach mehr Wasser für einen solchen Baum als wenn asphaltiert wird. Wir sind aber über die Kosten sehr erschrocken. Wir reden von rund 250 m Strasse und einem vorgelegten Kostenvoranschlag von fast CHF 0.95 Millionen. Da muss man schon zwei Mal schlucken und wir haben dann auch geschaut, wo könnte man noch Sparpotential ausschöpfen. Es erstaunt nicht, dass wir in etwa auf dieselbe Idee kamen wie der Vorredner, nämlich zu dieser Pflasterung. Die Pflasterung in der Form wie sie uns vorgelegt wurde ist aus unserer Sicht absolut nicht notwendig, sie ist an diesem Ort völlig übertrieben. Vielleicht schauen wir mal, wo wir da überhaupt sind. Wir sind in einer Quartierstrasse, auf welcher von allen Seiten Tempo 30 herrscht. Wir entschleunigen also eine Tempo 30 Zone. Dann frage ich mich wie tief soll das Tempo denn sein. Die beste Sicht hat man, wenn man von der Ammerswilerstrasse hinauffährt. Man sieht alles. Wenn man von oben kommt, egal ob mit Auto oder Velo, muss man abbremsen. Denn es hat einen Rechtsvortritt, welcher nicht ganz übersichtlich ist aufgrund einer Hecke am unteren Haldenweg. Wenn man einen allfälligen Unfall vermeiden will, muss man also abbremsen. Kommt man vom unteren Haldenweg ist man vortrittsberechtigt. Man sieht aber nicht, ob von links ein anderer Verkehrsteilnehmer kommt. Man muss also auch da abbremsen. Die Hecke macht die Kreuzung unübersichtlich und das ist gut, es verlangsamt alles automatisch. Man muss am Strassenbelag nichts ändern und man fährt weniger als 20 km/h. Dort sieht aber das Projekt noch immer vor, eine Pflasterung zur Entschleunigung zu machen. Wenn man noch schaut, der einzige Durchgangsverkehr, der da ist, sind die Anwohnenden und Besuchenden der Brunnmattstrasse und des Bannhaldenwegs. Dieser Verkehr ist überschaubar. Jetzt wollen wir nur, weil das Planer mal so vorgesehen haben, Pflasterungen und Kammerungen machen. Wir sind in der Provinz von Lenzburg. Aus unserer Sicht sollte eine Strasse funktional und nicht Spielraum von planerischen Ideen sein. Es ist der Steuerfranken, welchen wir ausgeben. Ob es dann am Schluss nur CHF 38'000 sind, welche wir einsparen, glaube ich nicht. Wenn die gesamten Pflasterungskosten mit rund CHF 76'000 angegeben werden und jetzt pflastern wir nur um den Baum, dann sparen wir doch um die CHF 50'000. Aber wenn schon wieder jemand die Idee hat, noch für CHF 10'000 Farbe auf den Boden zu streichen frage ich mich schon. Es ist in Ordnung, dass beispielsweise in der Aavorstadt eine Markierung für Velos auf den Boden gehört aber bei der Freqüentierung da nicht. Von mir aus gesehen ist klar, die Pflasterung ist absoluter Luxus, die braucht es nicht. Die Strasse funktioniert jetzt schon, es ist kein Unfall Schwerpunkt. Die Strasse soll in Ordnung gebracht und die Risse entfernt werden und für die Fussgänger etwas zu machen ist absolut in Ordnung. Der Rest ist Luxus. Für dieses Geld könnten wir auch noch einen schönen Baum setzen, statt es für Malereien am Boden auszugeben. Ich bitte euch, überlegt euch kurz, ob es das da wirklich braucht. Danke.

Anja Kroll (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Räte und liebe Gäste, lieber Beat, danke für die Einhaltung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats. Änderungsanträge kommen tatsächlich in der Reihenfolge dran, und ich habe den auch vorher rechtzeitig eingereicht. Ich danke auch den Kollegen Vorrednern für die spannenden Ausführungen zum Radsport und zu der Finanzierung und zur Qualität der Pflasterungen. Ich habe in meinen Osterferien meine Hausaufgaben gemacht und möchte gerne vorstellen, was ich gemacht habe. Ich habe von der Abteilung Tiefbau die Frequenzahlen erhalten. Diese zeigen auf, auf welchen Strassen wie viel und mit welcher Geschwindigkeit

gefahren wird. Diese stelle ich gerne vor und leite daraus das Argument für die Pflästerung in meinem Änderungsantrag ab. Was ich auch gemacht habe, ich habe die Anstösser und Nutzer der Brunnmattstrasse, welche ich kenne, um Auskunft gebeten. Ich habe einen Rücklauf von 60 % und niemand hat das Geschwindigkeitsthema an der Kreuzung, über die gerade gesprochen wurde, in Abrede gestellt und ich glaube die Anwohner wissen, wovon sie sprechen. Das hat mich gerade ein wenig irritiert. Also 87 % Zustimmung für «wir brauchen da Massnahmen». Ich komme nun zu den Zahlen der Abteilung Tiefbau. Diese sind zu unterschiedlichen Jahreszeiten gemacht, aber man kann grundsätzlich sagen rund 3'000 Fahrzeuge kommen aus dem Quartier Bannhaldenweg. Rund ein Drittel biegt ab in den unteren Haldenweg oder kommt von da und zwei Drittel gehen Richtung Amerswilerstrasse oder kommen von da. Wir haben also eine regelrechte Weiche an dieser Kreuzung. Wichtiger als das, ist die Messung der Geschwindigkeiten, welche der motorisierte Fahrzeugverkehr da hat. Es gibt bei den Verkehrsfachleuten die V85 Geschwindigkeit. Das ist die Geschwindigkeit, welche von 85% der Verkehrsteilnehmer eingehalten wird. Das heisst 15 % liegen darüber. Die spannende Frage ist jetzt, wie gross ist der V85 an dieser Kreuzung, von der man weiss, da kommt noch etwas von rechts und es ist noch eine Hecke. Man würde jetzt denken, da fahren alle Tempo 30. Das ist aber überhaupt nicht so. Der V85 liegt bei 37 km/h. Das heisst, 85 % der Menschen halten 7 km/h mehr für das normale Limit an dieser Stelle und da sind Velofahrer nicht eingerechnet. Als Anwohnerin habe ich auch einen guten Ausblick auf den Schlittelhang. Es sind immer wieder viele Bewegungen von Kindern auch in Begleitung, welche über diese Kreuzung gehen und dann in die Widmi. Dies einfach mal als Auslegeordnung. Das Argument mit der Sicherheit müssen wir schon ernst nehmen. Das Tiefbauamt kann diese Messungen in der das Limit zu hoch ist nicht einfach ignorieren. Es gibt eine Verordnung vom UVEK über Tempo 30 Zonen und da steht in Art. 5, Ziff. 3, dass Massnahmen ergriffen werden müssen. Ich lese das mal kurz vor: «Zur Einhaltung der angeordneten Höchstgeschwindigkeit sind nötigenfalls, weitere Massnahmen zu ergreifen, wie das Anbringen von Gestaltungs- und Verkehrsberuhigungselementen». Jetzt kann man sich natürlich noch überlegen, wie viel die Farbe bringt. Auch da kann man recherchieren und wird fündig. Die entschleunigende Wirkung von sogenannten vertikalen Baumassnahmen wie Pflaster, Fahrbahnschwellen, Fahrbahnkissen ist nachgewiesen. Es gibt hingegen keine Evidenz dafür, dass Farbe irgendetwas dauerhaft an dem Geschwindigkeitsverhalten der Verkehrsteilnehmer ändert. Also wenn wir anerkennen, dass die meisten Verkehrsteilnehmer zu schnell unterwegs sind, dann braucht es eine Massnahme, die auch wirkt und nicht nur ein Anstrich. Einige Einwohnerräte, der Stadtammann und ein Stadtrat fahren da viel mit dem Velo durch, man kann theoretisch gut über diese Pflaster fahren. Aber wie gesagt, wir reden hier tatsächlich über den Autoverkehr. Weshalb sind Pflastersteine die Richtige Lösung? Wir könnten da schon eine Farbmarkierung machen, aber es sind nie nur Farbmarkierungen, welche zum Abbremsen animieren. Es ist immer noch ein Pflanzkübel oder Poller der als Hindernis dasteht. Also Fläche allein nützt gar nichts. Jetzt zu den Rechenbeispielen welche genannt wurden. Da kann ich nur staunen. Man kann sagen, wir sparen CHF 38'000 bei einem Projekt, welches fast eine Million kostet, das ist ein Tropfen auf das Pflaster. Aber man hat dann auch erhöhte Unterhaltskosten und man weiss, dass Farbe alle 4 – 10 Jahre erneuert werden muss. Wenn man diese Kosten an die erwartete Lebensdauer der Strasse anrechnet, ist das Pflaster preiswerter. Ich kann das Argument so nicht nachvollziehen. Es wirkt nicht, ist nicht billiger also wofür soll das gut sein? Die Menschen, die mir geantwortet haben, waren grossmehrheitlich der Meinung, das Pflaster schön sind. Ich bin auf der Pflästerer Seite fündig geworden und habe dann gesehen, dass man bei der Strassenqualität das ganze ohne Mörtel machen kann. Da habe ich gedacht, toll dann sparen wir den Mörtel. Ich habe beim Tiefbauamt nachgefragt und man könnte den Mörtel sparen, es macht aber preislich nicht viel aus. Aber das Tolle daran ist, wir hätten noch unversiegelte Fläche. Wir haben hier schon

einige Strassenbauprojekte diskutiert und immer wieder kam die Frage auf, können wir da nicht was entsiegeln. Hier können wir und das ist eine super Nachricht. Insgesamt 268 m<sup>2</sup> die man nicht komplett dichtmachen muss. Es ist also nicht teurer in der Anschaffung, es ist besser auf die Gesamtlebensdauer und vor allen Dingen eine wirksame Massnahme gegen die Geschwindigkeitsthematik, die wir da haben. Alles in allem bin ich jetzt zu dem Änderungsantrag gekommen, der lautet: «Die vorgesehenen Pflästerungen am Anschluss Ammerswilerstrasse von 50 m<sup>2</sup> und an der Einmündung unterer Haldenweg von 218 m<sup>2</sup> sind mit Sandfugen, statt vermörtelt auszuführen, um einen massgeblichen Teil der Strasse zu entsiegeln und gleichzeitig die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen». Nach Auskunft des Tiefbauamts, Christian Brenner, sind die Gesteungskosten für eine eingesandte Pflästerung etwas günstiger als die in der Vorlage berechnete vermörtelte Pflästerung. Ich hoffe, ich habe an alles gedacht. Ich habe fertig.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder von beiden Räten, sehr geehrte Gäste und Medienschaffende. Wir haben auch in der Mitte einen Anwohner der Brunnmattstrasse, der oft dort durchfährt mit dem Velo, oder mit dem Auto. Er ist nicht der Einzige wie ihr gemerkt habt, doch wir sind zu einem anderen Schluss gekommen. Ich muss es gar nicht so lange ausführen, weil die Vorredner der SVP und FDP schon viel gesagt haben. Wir lehnen die Vorlage ab, es ist für uns zu viel für 250 m Strasse. Wir haben schon oft in diesem Rat über kurze Strassenabschnitte gesprochen, wir finden es wichtig, dass auch kurze Abschnitte saniert werden, aber CHF 995'000 finden wir überrissen. Wir werden dem Änderungsantrag als Mitte/EVP Fraktion zustimmen, dass man auf die Pflästerung verzichtet. Aber insgesamt ist die Vorlage zu teuer. Es bestehen auch mit dem neuen Trottoir noch Sicherheitslücken, weil es nicht durchgehend ist. Fussgänger nehmen oft den Widmiweg gerade auch die Kinder, welche da den Kindergarten besuchen. Man könnte eine Strasse auch verengen, um sie langsamer zu machen. Es gibt auch anderen Möglichkeiten und wir finden diese darf man gerne nochmal ausarbeiten. Deshalb lehnen wir die Vorlage ab, oder nehmen den Änderungsantrag über den wir als nächstes abstimmen an. Vielmehr sage ich nicht, alles andere ist gesagt worden. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Daniel Bär (SP): Geschätzte Anwesende, die Fraktionen SP und Grüne befürworten die Vorlage für die Sanierung und Anpassung der Brunnmattstrasse West im Abschnitt Ammerswilerstrasse bis unterer Haldenweg. Die Fraktionen lehnen den Änderungsantrag der FDP ab. Das Strassenbauprojekt bringt nach Ansicht der Fraktionen SP und Grüne durch verschiedene bauliche Massnahmen einen Mehrwert in Sicherheit, Verkehrsberuhigung und Wohnqualität des betroffenen Quartiers. Im Gestaltungsplan Widmi ist vorgesehen, dass auf der gesamten Länge des Abschnitts ein Trottoir erstellt wird. Dies kann mit geringem Aufwand und grösstenteils innerhalb der bestehenden Strassenparzelle erstellt werden. Der Baum soll erhalten bleiben, er wird mit einer Einfassung gegen Anfahren geschützt, zusätzlich sollen die Strassen im Wurzelbereich mit einer eingesandeten Pflästerung versehen werden. Durch diese Massnahme wird dem Baum mehr Wasser zugeführt und es wird immerhin einen kleinen Beitrag zu der so dringend notwendigen Entsiegelung geleistet. Wie ebenfalls im Gestaltungsplan Widmi vorgesehen, soll der Knoten Brunnmattstrasse unterer Haldenweg mit einer Pflästerung versehen werden, den Anschluss an die Ammerswilerstrasse ebenfalls. Im Änderungsantrag, der von den Fraktionen SP und Grüne eingereicht wurde, ist vorgesehen, diese beiden Abschnitte ebenfalls unversiegelt auszuführen. Das wiederum würde die wertvolle unversiegelte Fläche um ein Vielfaches erhöhen. Mit drei gepflasterten Strassenabschnitten, einer Verengung der Fahrbahn beim Baum sowie bei der Liegenschaft Brummanstrasse 16 wird eine mehrstufige Kammerung durch die Belagsänderung, Signalisationen und die Verengung der Fahrbahn erreicht. Diese

Kammerung der Fahrbahn trägt massgeblich zur Entschleunigung und somit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei. Ein Weglassen dieser Pflasterung würde die positiven Aspekte der Kammerung vermindern. Wir haben es vorhin schon gehört. Auf Pflasterstein macht man einen Tanz mit dem Velo, das bedeutet eben, dass man vorher bremsen muss. Wie bereits erwähnt, haben die Tempomessungen Richtung Kreuzung unterer Haldenweg V85 ergeben, dass die Geschwindigkeit jeweils um sieben km pro Stunde überschritten worden ist. Eine Entschleunigung in dieser Tempo-30-Zone ist also notwendig. Die Fraktionen SP und Grüne sprechen sich entsprechend für die Vorlage und für den entsprechenden Änderungsantrag von uns aus.

Corin Ballhaus (SVP): Ich möchte eine Präzisierung zu diesem Antrag anbringen. Was den Gestaltungsplan Widmi anbelangt. Dies war auch Thema in der GPFK. Der Gestaltungsplan sieht keine Pflasterung vor, er sieht einfach eine Gestaltung des Platzes vor. Er sagt nicht, es müsse eine Pflasterung sein. Das möchte ich noch richtigstellen.

Regula Züger (Grüne): Geschätzte Anwesende, ich bin nicht mehr bei der Fraktion SP und Grüne dabei, sondern stehe allein hier. Ich möchte einfach sagen, dass es mich doch sehr wundert. Vor nicht allzu langer Zeit wurde hier ein Dokument unterschrieben man wolle die Strassen mehr entsiegeln. Jetzt ist die Sicherheit mit einer Pflasterung besser und die Strasse wäre entsiegelt aber jetzt erinnert sich niemand mehr daran, das Dokument unterschrieben zu haben. Ich möchte einfach alle bitten, sich daran zu erinnern, wofür man sich mal ausgesprochen hat, eben zum Beispiel für eine Entsigelung. Danke.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Anwesende, ich glaube, das Problem an dieser Vorlage ist auch noch ein bisschen, dass gewisse Leute individuell betroffen sind, weil sie dort durchfahren oder wohnen. Das ist schade, wir sollten eigentlich eine Durchschnittsnorm für Strassen haben. Anja spricht von Messungen, die gemacht wurden. Diese Messungen liegen dem Einwohnerrat nicht vor. Es wäre fair, wenn du den Einwohnerrat vorher bedienen würdest mit diesen Messungen. Ich glaube nicht, dass es die einzige Strasse ist, auf der in Lenzburg zu schnell gefahren wird. Ich denke beispielsweise an der Bahnhofstrasse käme niemandem in den Sinn bauliche Massnahmen zu ergreifen, um das Tempo zu reduzieren. Da wird die Polizei hergeholt und es werden Radarmessungen gemacht. Was mir partout nicht in den Kopf gehen will, vielleicht kannst du noch eine Erklärung dazu machen. Weshalb ist der Knoten Brunnmattstrasse unterer Haldenweg gefährlicher als weiter vorne die Einmündung Schlossgasse unterer Haldenweg. Ein bisschen weiter vorne biegt die Martha Ringier-Strasse in die Schlossgasse oder noch weiter an der Burghaldenstrasse, Burghaldenhaus, Hirzelhaus, da kommt niemandem in den Sinn eine Pflasterung zu machen. Ich habe die Vorlage von 2012 noch hervorgeholt. Da ging es um die Sanierung Burghaldenstrasse Ost um den Bereich, den ich gerade genannt habe. Da war auch angedacht, dass es eine Pflasterung geben sollte, man kam davon aber wieder weg. Der Stadtrat hat geschrieben, eine weitere Variante sah die Pflasterung des aufgeplätteten Kreuzungsbereichs vor, was zu Mehrkosten von rund CHF 65'000 geführt hätte. Die Ortsbürgergemeinde würde sich an dieser Pflasterung nicht beteiligen, da sie die Fahrbahn betrifft. Es gab da noch ein kleines hin und her, was die Ortsbürger- und was die Einwohnergemeinde macht. Es stand in der Vorlage, der Stadtrat verzichtet zur Einsparung von Investitions- und Unterhaltskosten, wie auch sekundär aus Gründen des Emissionsschutzes auf die Realisierung des Kreuzungsbereichs mit Pflastersteinen. Das waren keine Deppen im Stadtrat 2012 und es kam günstiger. Ihr bringt uns jetzt die Variante, dass eingesandete Pflastersteine am Schluss günstiger kommen sollten. Diese Rechnung verstehe ich nicht. Aber wenn du einfach nochmal erklären könntest,

weshalb da so viel zu schnell gefahren wird und warum das so viel gefährlicher ist als an anderen Stellen.

Anja Kroll (Grüne): Sehr gerne, Mige, Challenge accepted. Wir reden hier über die Brunnmattstrasse, und ich habe mich über die Brunnmattstrasse kundig gemacht, und alles andere ist, man sagt das Neudeutsch, Whataboutism. Ich kann dir nicht sagen, warum man in der Schlossgasse nicht anders handelt, das ist hier einfach nicht das Thema, und darauf bin ich nicht vorbereitet. Ich glaube, keiner hier im Saal ist das. Ich habe diese eine Zahl herausgehoben, weil sie besonders auffällig ist und weil es die Hauptfrequenz ist. Ich habe auch andere Zahlen bekommen. Ich habe insgesamt eine Messung von der Brunnmattstrasse 12 im unteren Abschnitt, also in dem Teil, in dem jetzt saniert wird. Auch dort sind die V85 Geschwindigkeiten über dem Mass. Sie sind nicht offensichtlich so hoch, wir haben hier V85 von 32km/h. Im unteren Haldenweg auf der Höhe des Kromer Areals haben wir 36km/h. Das sind einfach hohe Werte und wie gesagt, die Auskunft des Tiefbauamts ist, dass man handeln muss. Ich kann zu den anderen Sachen, wer wann irgendwo etwas gesagt hat, nur bedingt Auskunft geben. Ich kann mich aber gut erinnern, dass in diesem Rat am 3. Dezember 2020, da war ich noch nicht Mitglied, aber ich habe da auf der Besucherbank gesessen, als man über die Wilgasse gesprochen hat, gab es keine Probleme mit Pflästerungen. Das fanden alle Parteien gut. Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb das jetzt so ein Stein des Anstosses ist.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann stimmen wir über diese Änderungsanträge ab. Zuerst über denjenigen der SP und Grünen die vorgesehenen Pflästerungen am Anschluss Ammerswilerstrasse von 50 m<sup>2</sup> und an der Einmündung unterer Haldenweg von 218 m<sup>2</sup> sind mit Sandfugen, statt vermörtelt auszuführen, um einen massgeblichen Teil der Strasse zu entsiegeln und gleichzeitig die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen.

**Abstimmung:**

**Der Änderungsantrag wurde mit 20 Ja Stimmen zu 11 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.**

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der FDP den Verpflichtungskredit auf CHF 957'000 zu reduzieren unter Verzicht auf die Pflästerung am Knoten Brunnmattstrasse unterer Haldenweg und zum Abschluss zu der Ammerswilerstrasse.

**Abstimmung:**

**Der Änderungsantrag wurde mit 19 Ja Stimmen zu 15 Nein Stimmen angenommen.**

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, werte Gäste, die Diskussion ist noch nicht fertig, darum machen wir weiter. Ich stelle einen Rückweisungsantrag für dieses Geschäft. Es kostet jetzt zwar weniger, aber es ist immer noch viel Geld für 250 m Strasse. Nämlich CHF 4'000 pro Meter. Beim letzten Projekt, über welches wir abgestimmt haben an der Zeughausstrasse inkl. Bushaltestelle waren wir bei CHF 2'000 pro Meter als kleiner Vergleich. Weshalb kostet diese Strasse so viel mehr? Im GPFK-Protokoll kann gelesen werden, dass CHF 230'000 für eine Schwergewichtsmauer eingeplant sind und nebenbei noch zwei Bäume gefällt werden sollen. Dies nur damit auch an dieser Stelle ungehindert ein LKW und ein PW kreuzen können. LKWs die man eigentlich in diesem Strassenabschnitt gar nicht haben will. Die bevorzugte Anlieferroute für das Gewerbehaus Kromer führt über die Burghalde. Dem könnte man nur begegnen, indem man ein Lastwagenfahrverbot macht. Ich bin der Meinung, dass es die Mauer nicht braucht und wir uns diese

Kosten sparen können. Mit dem Weglassen dieser Mauer entsteht eine Verengung. Wir haben die Aufmerksamkeit des Fahrers zurück und wir sparen 23 % der Projektkosten. Kreuzen sich doch einmal zwei Fahrzeuge, wir reden von motorisierten Fahrzeugen nicht Velos, muss der bergfahrende Fahrer vorausschauend fahren und bei dieser Einengung abbremsen. Es ist eine Tempo 30 Zone, das sind übliche Massnahmen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten baut man Hindernisse. Hier muss man nicht einmal ein Hindernis bauen wir sparen uns Kosten. Auch die Aufmerksamkeit der talfahrenden Fahrzeuge wird erhöht, denn auch diese müssen schauen, ob etwas kommt. Mit der Rückweisung spricht man sich nicht gegen die Belagssanierung oder gegen das Trottoir aus. Wir setzen uns für eine Lösung ein, die unserer angespannten Budgetposition Rechnung trägt. Ich sage es nochmal, das Projekt ist im Verhältnis einfach zu teuer. Ich hoffe, ihr unterstützt den Rückweisungsantrag und wir haben das Projekt bald wieder hier in einer günstigeren Variante. Vielen Dank.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren aus dem Einwohnerrat, bevor jetzt die Diskussion über eine Einengung der Brunnmattstrasse losgeht, möchte ich noch zwei drei Sachen bezüglich An- und Belieferung des Hauses Kromer sagen. Das Haus Kromer war früher die Druckerei. Dieses hat man umgenutzt und mit der Umnutzung gab es Auflagen. Eine Auflage ist unter anderem, dass die Anlieferung mit schweren Lastwagen von Süden her erfolgen muss. Das heisst über die Ammerswilerstrasse, Brunnmattstrasse und unterer Haldenweg. Wenn man da jetzt verengt, wird man das noch mehr verunmöglichen. Es ist jetzt schon schwierig, dass dies eingehalten wird. Wir sind mit der Firma Kromer und den Anwohnenden im Austausch, weil es nicht immer funktioniert. Es hat im Kreuzungsbereich Schlossgasse-Burghaldenstrasse einen Industriegeweisener, bei dem wir schauen müssen, wie wir damit umgehen. Die grossen Lastwagen sollten – wie gesagt – von Süden her kommen, damit sie an die Rampe andocken können, ohne ein Wendemanöver zu machen. Wenn von Norden her, zugefahren wird, muss ein Wendemanöver gemacht werden und das gibt immer wieder Konfliktpotential mit den Nachbarn, weil auf deren Grundstücken oder Garageinfahrten gewendet wird. Es gibt rund 50 – 60 Fahrten pro Monat mit schweren Lastwagen zum Kromerhaus. Der Stadtrat ist der Ansicht, es muss gewährleistet sein, dass eine Kreuzung zwischen LKW und PW stattfinden kann.

Adrian Höhn (GLP): Vielen Dank für die Worte des Stadtrats. Noch einmal, es geht nicht darum die ganze Strasse einzuengen. Es geht nur um den Abschnitt an dem die Schwergewichtsmauer hinkommen soll. Das heisst ein LKW und ein PW können auf der ganzen restlichen Strecke problemlos kreuzen. Ich sehe das nicht als Hinderungsgrund, dass im allerdümmsten Fall ein LKW 60-mal pro Monat warten muss, bis er durchkommt. Da gibt es wahrscheinlich noch andere Ecken, an denen er länger warten muss. Aber danke für die Zahlen und Argumente, aber für mich ist das nicht das Hauptargument, um den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Michael Häusermann (SVP): Lieber Einwohnerratspräsident, ich möchte den Antrag stellen eine kurze Pause einzulegen. Ich gebe Adrian Höhn zu 100 % Recht es ist eine riesige Zahl CHF 995'000 für 200 m Strasse. Es ist völlig richtig, auch an Passstrassen gibt es immer wieder Situationen, wo man warten muss, bis man kreuzen kann. Es ist schon so, diese Mauern sind Kostentreiber und wenn wir diese nicht machen müssen, dann könnten wir vielleicht ein paar CHF 10'000 sparen. Ich würde deshalb beliebt machen, eine kurze Pause einzulegen, damit man das besprechen kann.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich stimme diesem Antrag von Mige zu und wir machen eine kurze Pause.

Stadtkammann Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren, dieses Projekt ist nicht für schön und lustig entstanden. Diese Mauern nehmen mittlerweile rund einen Meter Platz auf der Strasse weg. Wenn man das Trottoir realisieren will, dann wird der Platz benötigt. Man braucht den Platz und muss die Mauer zurückschieben können damit auf der anderen Seite Platz für das Trottoir und den Strassenraum geschaffen werden kann. Die Begegnungsfälle Lastwagen und Velofahrer müssten mindestens gewährleistet sein. Dann hat man mit den Grundeigentümern auch lange verhandeln müssen, welche Lösungen es gibt, damit das Grundstück hintendran nicht wegrutscht und weiterhin eine gewisse Stabilität hat. Das ist auch der Grund dafür, weshalb die Vorlage so lange gedauert hat. Das ist das eine und das andere ist folgendes. Es gab ein Strassenbaugesuch, welches aufgelegt ist und man Einwendungen machen konnte. Es gingen Einwendungen ein, diese hat man abgehandelt und nun kommt man mit dem Projekt und sagt es ist alles bereit für die Sanierung. Eine Sanierung in der man die Auflagen des Trottoirs sowie die Anlieferung zum Gewerbehause Kromer von Süden her gewährleistet. Darum bitte ich den Einwohnerrat eindringlich, von dieser Rückweisung abzusehen. Danke.

Francis Kuhlen (FDP): Meine Damen und Herren, ich habe die Pause genutzt, um ein bisschen zu überlegen, was passieren könnte, wenn wir zurückweisen. Ich habe mir die Kosten nochmal angeschaut. Vor allem weil mich interessiert hat, wie hoch die Kosten für Planungsarbeiten ausfallen. Dann fällt auf, dass unter Punkt 3 Kosten, die Ingenieurkosten nicht erwähnt sind. Mit anderen Worten, das ganze Projekt kostet wahrscheinlich nicht nur CHF 1 Million, sondern da kommen noch Ingenieurarbeiten dazu. Unter welchem Kredit diese bereits gemacht wurden, weiss ich nicht. Auf jeden Fall ist klar, wenn wir zurückweisen, muss das Projekt neu aufgelegt werden, vielleicht braucht es doch noch eine Mauer in irgendeiner Form und es muss neu entworfen werden. Dies verzögert das ganze Projekt um sicher drei bis vier Jahre und die bereits getanen Arbeiten sind verloren. Ich fürchte, man kommt schlussendlich zu weniger Einsparungen als gewünscht. In diesem Sinn bin ich gegen eine Rückweisung.

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Präsident, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, auch wir haben uns nochmal darüber Gedanken gemacht. Die Mitte und EVP-Fraktion werden dem Rückweisungsantrag zustimmen. Ich bin ebenfalls Anwohner dieser Strasse und meine persönliche Meinung ist, dass es ausreicht, wenn der Bodenbelag gemacht wird und vielleicht noch etwas am Baum. Mehr braucht es eigentlich gar nicht. Die Situation wie sie aktuell ist, ist nämlich nicht schlecht. Die Autofahrer sind aufmerksam, wenn man in die Brunnmattstrasse hineinfährt und sie sind aufmerksam, wenn man hinunterkommt. Dies reduziert die Geschwindigkeit und ich habe das Gefühl, es ist viel einfacher und günstiger, wenn wir diesem Rückweisungsantrag zustimmen und dies nochmals überarbeiten auf eine abgespeckte Version. Danke.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, wir haben in dieser kurzen Zeit recht intensiv darüber diskutiert. Es gibt Argumente für und gegen den Rückweisungsantrag, welche beide durchaus berechtigt sind. Ich rede vor allem für mich und einen Teil der Fraktion. Diese Rückweisung ist eine Übung die schlussendlich zu wenig bringt. Francis hat es gut ausgeführt. Dani du hast gesagt, die Situation ist gar nicht so schlecht aber trotzdem haben wir vorhin gehört, dass massiv zu schnell gefahren wird. Es muss also etwas gemacht werden. Auch wenn wir die Pflasterung gestrichen haben, hat diese Vorlage viele Elemente, wie beispielsweise das Trottoir drin, welches für mehr Verkehrssicherheit sorgt. Ob es wirklich günstiger kommt, wenn wir zurückweisen, wissen wir nicht. Da mache ich auch eher ein Fragezeichen und es kommt auch noch die Teuerung dazu. Wir haben

einen Gestaltungsplan Widmi der die Trottoire vorschreibt. Ganz abgesehen davon, dauert es relativ lang bis das zustande kommt. Die Situation ist unbefriedigend, die Strasse ist in einem sehr schlechten Zustand und ich finde auch der Baum, der dort steht, soll erhalten und geschützt werden. Da sind jetzt Massnahmen in dieser Vorlage, die sich auszahlen und deshalb bin ich klar dafür, dass die Vorlage unterstützt wird und wir von dieser Rückweisung absehen.

Anja Kroll (Grüne): Ich komme gerne noch einmal auf meine anfängliche Argumentation zurück. Aus Kostensicht sehe ich keinen Vorteil, wenn wir das Geschäft jetzt zurückweisen. Der Wertverlust bei Strassen ist ja progressiv ab einem bestimmten Alter und das ist, so steht es in der Vorlage, gegeben. Längeres Zuwarten erhöht die Kosten. Eine Neuauflage, wenn wir da noch einmal den ganzen Prozess durchgehen, erhöht die Kosten. Wie soll ich sagen, das ist ein unsicheres Spiel, ob wir schlussendlich nachher eine Lösung haben und wann wir sie haben, ist unklar. Der Grund, warum ich nochmal ans Mikrofon ging, ist, um euch daran zu erinnern, ich habe von 87 % der Menschen, die da wohnen gehört sie wollen das Projekt. Sie wollten das zwar mit Pflasterung, darüber haben wir schon diskutiert, aber sie sind alle der Meinung, dass man das Projekt braucht und die wohnen nicht ganz so weit weg wie Dani, die wohnen ein bisschen näher dran. Nichtsdestotrotz sind das beeindruckend viele und ich denke, wir sollten dem Rechnung tragen. Danke.

Adrian Höhn (GLP): Vielleicht noch mal zum ersten Thema, weshalb Rückweisung und nicht Änderungsantrag. Es ist einfach zu massiv, um einen Änderungsantrag machen zu können, deshalb muss es eine Rückweisung sein. Logischerweise kommen wieder planerische Kosten dazu, diese gäbe es aber auch bei einer Änderung. Es ist aber eher abschnittmässig. Ich glaube nicht, dass das ganze Projekt falsch ist und wieder 100 % der Ingenieurkosten anfallen werden. Es geht um eine punktuelle Änderung des ganzen Plans. Zum Thema Velo und LKW, die sich kreuzen können, gibt es Faktenplätze, Begegnungsfälle und Fahrbahnbreiten auf Fussverkehr.ch. Leider wird gerade dieser Fall nicht ausgeführt. Aber wenn wir die Minimalbreite annehmen auf der sich zwei PW's kreuzen können, dann schafft es auch ein LKW und ein Velo. Wir haben ja auch noch die Breite des Trottoirs. Ich sehe nicht, warum jetzt diese Verengung an dieser Stelle den Begegnungsfall LKW und Velo nicht ermöglichen soll. Deshalb bin ich weiterhin der Meinung, dass wir die Rückweisung machen können und nochmal darüber nachdenken, welche Lösungen es gibt, die kosteneffizienter sind. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gut ich möchte über den Rückweisungsantrag abstimmen.

#### **Abstimmung:**

**Der Rückweisungsantrag wird mit 20 Nein Stimmen zu 10 Ja Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

#### **Abstimmung:**

**Dem Geschäft Brunnmattstrasse inkl. dem Änderungsantrag der FDP, Ausführung ohne Pflasterung, über CHF 957'000 wird mit 26 Ja Stimmen zu 8 Nein Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt.**

#### **6 (25/137) Gesamtrevision Bau- und Nutzungsordnung: Beschluss Hochwasserschutzplan durch Einwohnerrat (§ 25 BauG)**

Francis Kuhlen (FDP): Meine Damen und Herren, das letzte Mal für heute Abend. Als Präsident der Spezialkommission BNO wollte ich für die GPFK doch noch ein kurzes Votum zu dieser Vorlage abgeben. Es ist eine dieser Vorlagen, bei der wir nur Ja oder Ja sagen können. Es ist eine sinnvolle Ergänzung, welche keine direkten Änderungen gegenüber der heutigen Lage bringt und einfach gesetzlich vorgeschrieben ist. Wir wurden einfach daran erinnert, wo sich in Lenzburg bei Hochwasser Überflutungsgebiete befinden. Hoffentlich trifft die Aussage nicht zu: 1. Kommt es anders, 2. Als man denkt. Wir fanden es in der GPFK sehr ehrlich vom Stadtrat zu erwähnen, dass er dafür einen Rüffel aus Aarau bekommen hat. Dass Aarau mehr als ein Jahr gebraucht hat, um die Beanstandung mitzuteilen, spricht auch Bände. Kein Wunder empfiehlt die GPFK einstimmig die Vorlage zu genehmigen. Dann habe ich noch eine Bemerkung zur Beruhigung der Sparfüchse im Rat: Die Spezialkommission BNO hat jetzt für diese Vorlage keine extra Sitzung abgehalten, d.h. auch keine Spesen verursacht.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir stimmen darüber ab und kommen dann zum Traktandum Mündliche Anfrage «Suchtmittelfreie Zone auf Lenzburger Schulhausarealen».

#### **Abstimmung:**

**Das Geschäft Gesamtrevision Bau- und Nutzungsordnung; Beschluss Hochwasserschutzplan durch den Einwohnerrat wird einstimmig angenommen.**

#### **7 (25/146) Mündliche Anfrage: vom 31. Oktober 2024: Janine Pfister: "Suchtmittelfreie Zone auf Lenzburger Schulhausarealen": Beantwortung des Stadtrats**

*Anfrage von Janine Pfister: In der Einwohnerratssitzung vom 15. September 2022 haben wir ein Postulat der FDP «Suchtmittel freie Zone auf Lenzburger Schulhausarealen» knapp nicht überwiesen, weil wir gewusst haben, dass der Stadtrat bereits eine Arbeitsgruppe, die hiess «SALI, Sachbeschädigung und Littering» eingesetzt hat, um sich dem Vandalismus und Littering sowie dem Suchtmittelproblemen auf dem Schulareal anzunehmen. Gerne möchte ich mich jetzt eben mündlich bei Sven Amman erkundigen, wie es um die Arbeitsgruppe steht. Gibt es diese heute noch? An was arbeiten sie noch? Gibt es Erkenntnisse aus dieser Arbeit? Hat es positive Veränderungen gegeben hinsichtlich ihrer Arbeit? Oder braucht es sie gar nicht mehr. Danke.*

Stadtrat Sven Amman: Liebe Janine, an der Einwohnerratssitzung im Oktober hast du eine mündliche Anfrage gestellt, du warst so nett und hast mir diese auch per E-Mail noch zugestellt. Jetzt kann ich dir die Fragen beantworten. Die Anfrage hast du gestellt, nachdem wir 2022 ein Postulat der FDP knapp abgelehnt haben zum Thema suchtmittelfreie Zone auf Lenzburger Schulareal. Unter anderem wurde dies abgelehnt, weil bereits an diesem Thema gearbeitet wird. Deshalb eine berechnete mündliche Anfrage. Die bestehende Arbeitsgruppe, die wurde nicht aufgelöst die besteht noch. Ge-gründet wurde sie 2021 mit acht Abteilungen der Stadtverwaltung und einem Mitglied der Gesellschaftskommission. Du hast nach den Erkenntnissen aus dieser Gruppe gefragt. Es haben sich zwei Themenfelder herauskristallisiert. Das eine war eine rauchfreie Zone auf den Schularealen. Aber es wurden auch Themen wie Vandalismus, Sachbeschädigung und Littering in dieser Gruppe besprochen. Man hat gemerkt, die Gruppe ist zu gross und hat sich daraufhin verkleinert und nur noch mit den Abteilungen, die es betrifft, weitergearbeitet beispielsweise, weil bauliche Massnahmen erforderlich geworden sind. Namentlich sind die Schule, die Stadtkanzlei, die Regionalpolizei und ich noch in dieser Gruppe vertreten. Die Gruppe arbeitet daran, dass die Schulareale nicht nur rauchfreie, sondern suchtfreie Zonen werden sollen. Die Areale sollten markiert werden mit

Piktogrammen und Bodenmarkierungen. Die neuralgischen Punkte sollten mit Flutlichtern ausgestattet werden. Auch die Umsetzung einer Videoüberwachung ist ein Arbeitsthema. Die Arbeitsgruppe ist schon so weit, dass es im Stadtrat einen Protokollauszug geben soll, der in einer der nächsten Sitzungen traktandiert werden soll.

Weiter hast du gefragt, ob diese Arbeitsgruppe noch gebraucht wird, trotz positiver Veränderungen hinsichtlich ihrer Arbeit. Da muss ich leider sagen, die Themen, die diskutiert werden, fallen nicht einfach weg. Es wird immer wieder solche Zusammenkünfte geben mit verschiedenen Playern, die sich den jeweiligen Problemlösungen widmen müssen. Je nach Problem wird diese Gruppe dann zusammengestellt. Ich war froh über das Votum von Francis im Traktandum 5. Man sieht es hat sich etwas getan. Die Polizei ist involviert bei der grünen Pause im Bahnhof. Bei vielen Bauprojekten ist die Polizei nun dabei. Denn man hat gesehen, die Sicherheit kann mit baulichen Massnahmen wirklich verbessert werden. Dies ist eine der positiven Veränderungen, welche sich durch diese Arbeitsgruppe ergeben haben. Es hat sich alles aufgrund vieler Faktoren bei den verschiedenen Abteilungen ein bisschen verzögert. Aber es hat wirklich positive Veränderungen gegeben. Die Polizei ist im Boot und wir wissen über die Wichtigkeit von baulichen Massnahmen Bescheid. Ferdi Bürgi hat mir vor der Einwohnerratsitzung noch mitgeteilt, man dürfe kein schlechtes Gewissen haben auch die Polizei zu verständigen bei Littering. Die Polizei geht gerne auch proaktiv vorbei und spricht mit den Leuten. Ich hoffe es stimmt für dich so. Danke.

Janine Pfister Meier (SP): Danke Sven, für deine Antwort und deine Ausführungen. Für uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerrate ist es wichtig, zu erfahren, was aus Versprechen resultiert, ob sie eingehalten werden oder ob wir doch besser auf die Postulate zurückgreifen sollten, um sicher zu sein, dass sie eben wirken oder dass etwas passiert. Du hast es vorhin selbst gesagt, es ist jetzt zweieinhalb Jahre her, dass das Postulat eben nicht angenommen worden ist. Ich hätte nicht gedacht, dass meine vier einfachen mündlich gestellten Fragen vom 31. Oktober 2024 so lange brauchen, um beantwortet zu werden. Ich bin aber froh, dass die Fragen wahrscheinlich schon etwas in den Gang gesetzt haben. Es ist schön zu hören, dass die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten jetzt endlich geklärt werden konnten und dass es doch konkrete Pläne für die Zukunft gibt, also sogar sehr konkret, und dass es schon positive Veränderungen zu sehen gibt. Ich finde es gut, dass man auf den Schularealen suchtmittelfreie Zonen umsetzen will. Markierungen und Lichter sowie eine Videoüberwachung, hoffentlich auch bei den Veloständern, sodass Schülerinnen und Schüler bedenkenlos die Velos abstellen können und dann auch mit fahrtüchtigen Velos wieder nach Hause gehen können. Es ist wichtig, ich hoffe oder erwarte, dass es nicht beim Willen bleibt, sondern gehandelt wird. Sollte es dann neue Hotspots geben hoffe ich, dass die Arbeitsgruppe einen Plan hat wie man dem entgegenwirken kann. Wir wollen diese Treffen ja nicht verbieten wir möchten einfach keinen Vandalismus, einen sauberen Ort und ein Sicherheitsgefühl. Danke, dass ihr euch dem annehmt und danke für deine Antwort.

## 8 Umfrage

Stadträtin Beatrice Taubert: Geschätzte Anwesende, ich würde gerne über das Familienzentrum FamiliePlus informieren. Wir haben da lange nichts mehr gehört. Eine Zeit lang wurde viel darüber gesprochen, wir hatten viele Sitzungen und am 6. Mai 2025 ist die GV und deshalb ist es richtig, dass wir euch hier informieren. Es ist so, dass wir eine einvernehmliche Lösung mit dem Verein FamiliePlus gefunden haben. Die Stadt wird auf 1. August 2025 die Liegenschaft am Walkeweg 9 übernehmen und auch der Unterhalt und das Vermieterwesen werden an die Stadt übergehen. Das Angebot für Familien, frühe Kindheit und Integration wird aber weiterhin dort stattfinden und der Trägerverein FamiliePlus wird eine tragende Rolle haben. Sie werden ihre Leistungen, die sie weiterhin erbringen möchten, in diesem Haus weiterhin erbringen können. Wir werden auf das Jahr 2026 neue Leistungsvereinbarungen mit dem Trägerverein FamiliePlus erarbeiten für jedes Angebot einzeln. Bis Ende 2026 können sie die Liegenschaft unentgeltlich nutzen. So sind wir verblieben. Mit der Einladung zur GV ist auch ein gemeinsames Schreiben der Stadt und dem Familienzentrum raus in dem die Mieter und die Mitglieder des Trägervereins bereits darüber informiert wurden. Danke.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, als die IG Klimazukunft 2021 gegründet worden ist mit dem Ziel, die Stadt Lenzburg im Prozess zur Klimaneutralität zu begleiten, ist auch von Anfang an klar gewesen, dass sich möglichst alle Parteien daran politisch beteiligen. Deshalb sind alle Parteien eingeladen worden, mit einem Einwohnerrat im Vorstand Einsitz zu nehmen. Vier Jahre später stehen wir als IG vor dem Problem, dass nur noch drei Vorstandsmitglieder im Einwohnerrat sind. Zwei Parteien sind aktuell leider gar nicht mehr vertreten. Bei den anderen hat es zwar eine Vertretung, aber halt keine Einwohnerräte. Am 8. Mai findet die GV der IG statt. Als aktueller Co-Präsident fordere ich deshalb alle Parteien auf, ihre Vakanz mit Einwohnerräten zu füllen, sodass die IG wieder als geeinte Stimme aller Parteien des Einwohnerrats auftreten kann. Vielen Dank.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren die anwesend sind, Herr Präsident, ihr habt gefragt, woher der Osterhase kommt. Das ist doch offensichtlich. Der Osterhase hat allen einen Osterhasen gebracht. Der Osterhase denkt auch an die, die in etlichen Fraktionssitzungen oder an Einwohnerratssitzungen ihre Freizeit opfern. Dementsprechend vom Osterhasen ein kleines Dankeschön.

Regula Züger (Grüne): Ich bringe dies jetzt unter Umfrage, weil es kein Antrag oder ähnliches ist. Ich möchte einfach informieren. Es ist ein Moment her, seitdem wir eine halbe Million zurückgestellt haben für die Entschlammung des Weihers. Seither ist nichts mehr gegangen. Ich habe angeboten, dies selbst in die Hand zu nehmen und zu schauen, dass wir einen Schritt weiterkommen. Ich hatte einige Telefonate und Gespräche mit Prof. Thoma von der FHNW, er hat die Firma Aqua Plus beigezogen. Diese Firma ist spezialisiert auf die ökologische Bewertung von Oberflächengewässern. Das Vorgehen wäre nun so, dass diese Firma Analysen zum Oberflächengewässer macht und auch die Umgebung und das Wasser analysieren wird. Sodass die Verlandung, welche nicht akut ist, langfristig gestoppt werden kann. So können Krebse und wertvolle Amphibien weiterhin dort leben. Diese Analyse kostet rund CHF 3'700 und daraus entsteht ein Vorschlag wie man die Entschlammung des Weihers ausführen kann.

Ich werde diese Offerte der Stadt einreichen, es ist nicht ein Betrag, welcher hier im Rat besprochen werden muss. Ich wollte einfach informieren, was hier gegangen ist. Es wäre aber schön, wenn diese Offerte umgesetzt werden würde und die Aqua Plus ihre Arbeit weiter machen könnte. Danke.

Stadtamman Daniel Mosimann: Ich habe an einer Sitzung im letzten Jahr schon Ausführungen zu diesem Thema gemacht, dies kam nicht überall gut an. Das Projekt Entschlammung Fünfweiher hat in der Abteilung Tiefbau nicht die höchste Priorität. Das ist so. Du kannst mir die Offerte gerne geben. Wir müssen einfach schauen, dass nicht zu viele Selbstinitiativen hier aus dem Rat kommen bei denen man den Projekten dann hinterherrennt und nicht mehr selbst bestimmen kann, was Priorität hat. Ich denke es ist wichtig, dass man mit den Abteilungen Kontakt aufnimmt, wenn man ein Projekt oder eine Idee hat, welche man vorantreiben möchte. Aber wir nehmen die Offerte gerne mal entgegen.

Regula Züger (Grüne): Entschuldigung, wenn ich mich nochmals melde. Ich hatte viel Kontakt mit der Abteilung Tiefbau. Ich habe hier im Rat gefragt, ob das in Ordnung ist, wenn ich das in die Hand nehme, weil im Moment beim Stadtrat und der zuständigen Abteilung keine Kapazität besteht. Deshalb habe ich dieses Vorgehen gewählt. Es war nicht einfach ein Selbstläufer.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank, ich schliesse die Sitzung und wünsche allen einen schönen Frühling. Macht es gut und wir sehen uns an der nächsten Sitzung.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:



